

Haushalt 2012

Maria Lipke, Vorsitzende der UWG-Fraktion im Rat der Stadt Selm.

Es gilt das gesprochene Wort

Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren,
liebe Kolleginnen und Kollegen!

Die Basis des Staates ist nach der Verfassung die Gemeinde, hier ist der Ort wo Demokratie unmittelbar erlebt und gestaltet werden soll. Die Bürger sollen in ihrem überschaubaren Gemeinwesen durch eigenständige Entscheidung „von unten“ sprich durch den Stadtrat und durch die Verwaltung bestimmen.

Diese verfassungsrechtliche Idee, dieser Grundsatz der Verfassung ist durch die Finanzpolitik der zurückliegenden Jahrzehnte ausgehöhlt worden und ist jetzt durch Bund und Land im Kern gefährdet. Die zu finanzierenden Aufgaben der Gemeinden werden kaum noch durch Entscheidungen der Kommune geprägt, sondern bestehen aus Pflichtausgaben. Durch neue Gesetze, neue Aufgaben- und Ausgaben zulasten der Kommunen werden die Städte immer stärker in die Schulden getrieben.

Die Politik der Verschuldung, Schulden machen, war völlig normal, und ist beim Bund und den Ländern immer noch gang und gäbe, denn obwohl beim Bund ab 2016 und bei den Ländern ab 2020 durch die sogenannte Schuldenbremse eine Neuverschuldung untersagt wird, will der Bund alleine bis 2015 über 100 weitere Milliarden an neuen Krediten aufnehmen. Das Land plant ähnlich!

Das Dumme an der Schuldenpolitik ist allerdings, dass diese chronische Neuverschuldung das staatliche Leistungsvermögen in keinsten Weise erhöht hat und den Bürgern langfristig überhaupt keine Vorteile brachte und bringen wird. Und das Fatale an der Schuldenpolitik sind die Zinsen. Zinsen, über die man eigentlich wenig spricht, eine politische Diskussion über Zinsenausgaben gibt es nicht, von 1950 bis 2008, d.h. bis zum Beginn der Finanzkrise, haben Bund, Länder und Kommunen zusammen rund 1,6 Billionen Euro Kredite aufgenommen und in derselben Zeit etwa den gleichen Betrag für Zinsen ausgegeben. Die Zinsausgaben und der Schuldenstand waren bis 2008 identisch. Danach kam die Finanzkrise, es explodierten die Schulden ins Unüberschaubare. Innerhalb weniger Wochen wurden 10 Billionen Dollar und in diesem Zusammenhang 22 Millionen Arbeitsplätze vernichtet. Profitiert haben von den Schulden in erster Linie die Banken und die Börsenspekulanten. Die Banken haben die gesamte Kohle, die wir Staatsverschuldung nennen. Und das Kuriose: Die Banken, die Verursacher, werden gestützt, Städte und Gemeinden fallen heraus. Der Bund, meine Damen und Herren der großen Fraktionen: Ihre Parteikollegen verabschieden ein Rettungspaket nach dem anderen, immer unter einer Bedingung: die anderen müssen sparen, müssen sich kaputtsparen. Die Folgen dieser Politik sind inzwischen deutlich: Tristesse in den Städten und den finanzschwachen Staaten.

Das Gemeinwohl ist gefährdet, und dieses ist Sache der Politik. Man muss

inzwischen das ganze System in Frage stellen. Man fühlt sich nicht mehr vertreten! Wir kommen aus dieser Schuldenfalle, ohne Schuldenschnitt, ohne Streichung der Altschulden und der Zinsen nicht heraus, selbst ein ausgeglichener Haushalt, der keine Neuverschuldung bringt, hilft uns nicht weiter. Auch der "Stärkungspakt Stadtfinanzen" bringt keine wirkliche Hilfe, bis 2016 soll der Haushaltsausgleich erreicht werden und danach soll mit der Schuldentrückzahlung begonnen werden. Wir haben diese Schuldentrückzahlung für Selm errechnet und das Ergebnis ist verblüffend: Nach dem hier vorliegenden Sanierungsplan sollen bis 2021 lediglich 2 Millionen abgebaut werden. Selm hat dann immer noch, großzügig gerechnet rund 40 Millionen Kassenkredite und 40 Millionen Investitionskredite. 80 Millionen, gehen wir von einem Zinssatz von 2,5 % aus.

Meine Damen und Herren!

Ein einfaches Rechenbeispiel mit einem Online-Kreditrechner verdeutlicht die Dimension der geplanten Schuldentrückzahlungsaktion: Wenn Selm in 100 Jahren schuldenfrei sein soll, dann müssen wir monatlich 181.000 Euro hinblättern, also jährlich 2,2 Millionen Euro. 100 Jahre lang! Sie sehen meine Damen und Herren, Die Verschuldung der Stadt ist absolut perspektivlos. Es ist kein vorübergehendes Ereignis. Wie sollen wir uns auf einen hundertjährigen Sparkurs einlassen? Wie soll dabei die Stadt funktionieren? Wovon wollen wir die Schulden zurückfahren? Wie ist dabei der Verfall der Infrastruktur zu stoppen?

Fachleute rechnen auch mit weiterhin stark ansteigenden kommunalen Sozialausgaben und Jugendhilfeausgaben. Steigende Zinsen können den städtischen Haushalt außer Kontrolle geraten lassen. Steigende Personalkosten! Was ist wenn die Energiepreise explodieren? Eine neue Finanzkrise kommt?

Die eben genannte Schuldenbremse kann sich zudem verheerend auf die Haushalte der Städte und Gemeinden auswirken, denn sobald die Bundesländer auf dem Trockenen sitzen, werden sie die Lasten an unten, also an die Städte verteilen. Das kann nicht die richtige Politik sein, wir müssen Änderungen verlangen. Wenn finanziell kein Licht am Ende des Tunnels zu sehen ist, dann ist das das Ende der kommunalen Selbstbestimmung. Wir brauchen sofortige Hilfe:

Das „Konto Selm“ muss endlich vom eigentlichen Kontoeigentümer, nämlich dem Staat ausgeglichen werden. Dabei muss deutlich mehr rauskommen, als dieser von der rot-grünen Landesregierung erarbeitete Stärkungspakt. Der Staat erhält zurzeit Kredite ohne Zinsen, der Staat kann die Städte auslösen, von den erdrosselnden Zinsen befreien. Es ist Geld genug vorhanden! Wir brauchen einen echten Schuldenschnitt für die Kommunen. Wir müssen Druck machen, uns nicht verstecken, wir müssen uns wehren!

Sie müssen sich wehren, meine Damen und Herren aus den großen Volksparteien! Sie müssen sich Gehör verschaffen. So ignorant kann in

Düsseldorf und Berlin niemand sein, wenn CDU und SPD Basis laut um Hilfe rufen, um zu verdeutlichen: Die Not ist wirklich groß! In den Städten muss ausgedadet werden, was Verwaltung und Politik dort nicht verursacht haben! Geht nicht, oder bringt eh nichts, lasse ich nicht gelten! Machen Sie Finanzpolitik von unten!

Ein ganz neues Beispiel, gerade 1 Woche alt, macht vieles deutlich: In seiner ersten Sitzung nach der Landtagswahl verabschiedete das Kabinett im Landtag einen Gesetzentwurf zur Spaltung der West LB und genehmigte im ersten Schritt noch für 2012 eine Milliarde Euro in bar. Da frage ich Sie: Was sind vor diesem Hintergrund die 350 Millionen für die 34 überschuldeten Kommunen? Und kann man danach noch immer verantworten die Staatsschulden durch kommunale Steuererhöhungen auf die Bürger zu übertragen, wie in Selm geschehen? Und dürfen wir wirklich stolz darauf sein, dass Selm Vorreiter in Sachen Steuererhöhung ist?

Die Professoren Junkernheinrich und Lenk schlugen in einem von der Landesregierung in Auftrag gegebenen Gutachten einen massiven Schuldenschnitt vor, wie man es bei jedem überschuldeten Unternehmen macht, um einen Neuanfang mit frischem Geld überhaupt darstellen zu können. Ein Urteil aus Rheinland-Pfalz könnte auch in Nordrhein-Westfalen für neue Bewegung sorgen. Dort hat der Verfassungsgerichtshof am Dienstag entschieden, dass die Zuweisungen des Landes angesichts der stark gestiegenen Sozialausgaben nicht mehr ausreichen und erklärte den kommunalen Finanzausgleich für verfassungswidrig – und: Er müsse bis zum 1. Januar 2014 neu geregelt werden. Wir geben die Hoffnung nicht auf! Mal schauen, was sich die neue Landesregierung überlegt.

Vielleicht lernt Frau Kraft aus der Geschichte, denn schon im alten Mesopotamien wurden, sobald ein neuer König an die Macht kam, alle Schulden gestrichen, um einen Neuanfang zu starten. Wir kommen aus dem Schlamassel so nicht heraus, und am eigenen Schopfe schon gar nicht. Dies gelang angeblich einem Baron von Münchhausen, der schaffte es aber auch mit seinem Pferd auf einem gedeckten Teetisch herumzureiten, ohne das Geschirr zu zerbrechen.

Meine Damen und Herren!

Auf Seite 9 des Haushaltsplanes stehen unter § 6 die Steuerhebesätze für die Gemeindesteuern und damit bin ich (neben dem Stellenplan mit den Personaleinsparungen) beim absoluten Knackpunkt des Haushaltes für die UWG-Fraktion:

Grundsteuer A 600 v.H.

Grundsteuer B 825 v.H.

Über Sinn, nein über den Unsinn der Steuererhöhung die uns mit den Hebesätzen an die Spitze der Republik katapultiert hat, will ich mich hier und

heute nicht weiter auslassen, die Diskussionen sind gelaufen und das Thema würde hier absolut meine Redezeit überziehen.

Meine Damen und Herren!

Folgerichtig, dass kann ich hier vorwegnehmen, folgerichtig, lehnt deshalb die UWG-Fraktion nach zweijähriger Unterstützung, in diesem Jahr den Haushalt, mit allen Anlagen, ab. Diesen Haushalt 2012, der im Dezember eingebracht wurde.

Vollmundig verkündigte die Kämmerin: der Plan zeuge von Mut und er sei das erste Mal seit 18 Jahren ausgeglichen. Auch der Bürgermeister sah optimistisch in die Zukunft, man wolle die nächsten Jahre gestalten. Die CDU befasste sich in einer Klausurtagung mit dem städtischen Haushalt und suchte „Suchräume“, und ließ sich von der GPA beraten. Die GPA versprach Einsparungen bei den pflichtigen Ausgaben, was sie heute revidieren muss, und auch die CDU fand nichts Neues. Von der SPD hörte man zuerst gar nichts, die SPD hatte andere Sorgen, und verlangte in Zeiten der Haushaltsberatungen „keine Verschärfung des Nichtraucherschutzgesetzes“. Schließlich kündigten CDU und SPD gemeinsam an, im Rahmen der Haushaltsberatungen keine Tabuthemen mehr zu haben und in einer gemeinsamen Arbeitsgruppe werde man jetzt weitere Sparmaßnahmen beraten. Erfolglos, wie man inzwischen weiß, es gibt längst keine wirklichen Suchräume mehr.

Meine Damen und Herren!

Nichts für Ungut, Aber politische Aufbruchstimmung sieht anders aus!

Ein Wort noch zum Sanierungsplan:

Es liegt uns ein Sanierungsplan vor, der durch 80% Steuererhöhungen durch 10% Personaleinsparungen und weiteren 10 % für Maßnahmen wie „Wegfall der Kirchenanstrahlung“ oder „Streichung von Zuschüssen für Wohlfahrtsverbände“ einen Haushaltsausgleich für 2016 verspricht, und in dem die Stadtfinanzen so innerhalb weniger Jahre in Ordnung gebracht werden können.

Im Sanierungsplan ist erstmalig zu sehen, dass man durchgängig bis 2021 von 825 bzw. 600 Punkten bei der Grundsteuer ausgeht. Und das, obwohl doch im Ratsbeschluss von Januar 2012 zu lesen ist: „Als Basis für die Aufstellung des Haushaltssanierungsplanes 2013-2016 wird der Hebesatz der Grundsteuer B mit unter 800 %-Punkten und der Hebesatz der Grundsteuer A mit unter 600 %-Punkten angesetzt.“

Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren:

Das ist ein gültiger Ratsbeschluss, kein Geschwätz von gestern, den haben Sie,

meine Kollegen aus CDU und SPD im Januar so verabschiedet, und sie haben nicht einmal die Größe, dieses öffentlich zurück zu nehmen! Dieses verlogene Trostpflasterchen für empörte Bürger!

Da wir gerade beim Thema, der Ratssitzung im Januar sind: Ein Wort zum Bürgermeister:

Nach der öffentlichen Aufforderung des Bürgermeisters in dieser Ratssitzung in Richtung „Opposition“, entweder der Erhöhung der Grundsteuer zuzustimmen, oder die Ratsmandate zurück zu geben, erwarteten wir in der folgenden Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses eine Entschuldigung und keine Wiederholung dieser Unverschämtheit, wie geschehen.

An dieser Stelle sei auch erneut erwähnt, dass wir nicht für jeden Leserbriefschreiber verantwortlich zeichnen und wir kennen auch die meisten Personen gar nicht, die sich kritisch oder durch eine Klage gegen die Grundsteuererhöhung äußern. Wir erwarten ganz einfach, dass auch vom Bürgermeister akzeptiert wird, dass Ratsmitglieder oder Fraktionen in einer solchen wichtigen Entscheidung wie der Verdoppelung der Grundsteuer eine eigene oder andere Auffassung haben und entsprechend abstimmen dürfen. Das ist Demokratie!

Wir sind aber auch nicht nachtragend, sehen ein, dass bei der Grundsteuerentscheidung machen Nerven blank lagen und hoffen wieder auf eine zukünftige vertrauensvolle Zusammenarbeit.

Herr Bürgermeister!

Sie haben mit großem Elan begonnen, haben unsere Zustimmung für die Haushaltspläne 2010 und 2011 erhalten, genauso wie übrigens auch Ihr Vorgänger, Herr Hußmann in den ersten zwei Jahren seiner Amtsgeschäfte. Sie sehen daran: die UWG-Fraktion ist immer optimistisch!

Herr Bürgermeister, sie haben weiterhin unserer volle Unterstützung bei der Trinkwasserversorgung und der Gasversorgung durch die Stadtwerke zeigen Sie Mut und setzten sie das durch, damit Selm 2016 durch den Stromkonzessionsvertrag endlich komplette Stadtwerke vorzeigen kann. Sie haben unsere volle Unterstützung bei der Stadtentwicklung, beim Sanierungsgebiet Selm-Zentrum und bei den Verbesserungen der Sportanlagen und dem Bau von Kunstrasenplätzen.

Wir unterstützen Sie bei der Regionale 2016 mit den Projekten „Wir sind Selm-Selm wird aktiv“. Wir warten auf die gehobene Gastronomie in der Burg Botzlar, selbst beim Verkauf der Lutherschule haben sie Stimmen aus der UWG-Fraktion erhalten. Sie haben auch unsere Unterstützung wenn es um die Überplanung des Feuerwehrhauses in Bork geht.

Sollte es allerdings einen Investor geben, der die Fläche mit und rund um das

Amtshaus überplanen will, und der Sie mit der Verwaltung dann z.B. nach Olfen outsourcen will, dann sollten wir vorher nochmals sprechen.

Sie haben unsere Unterstützungen, und die Bitte, dafür zu sorgen, dass die Stadt attraktiver wird.

Herr Bürgermeister, nutzen sie alle Möglichkeiten dazu, verbessern Sie die Infrastruktur, holen sie Förderprogramme und Firmen nach Selm, so wie von Ihnen versprochen. Sorgen Sie dafür, dass Selm für junge Familien attraktiver wird, damit nicht die finanzkräftigen Bewohner unsere Stadt verlassen. Lassen Sie uns nach vorne schauen. Meine Herren, meine Damen, lassen Sie uns daran arbeiten, dass es uns in Selm besser geht.

Und nutzen Sie Ihre Positionen in der Partei um das Gemeinwohl der Kommunen zu stärken. Nicht versäumen möchte ich zum Schluss, mich im Namen der UWG-Fraktion beim Bürgermeister, bei Frau Engemann und den Mitarbeitern der Verwaltung, besonders der Kämmerei für die Aufstellung des Haushaltsplanes zu bedanken.

Uns ist sehr bewusst, wie groß dieser Arbeitsaufwand gewesen ist und vor dem Hintergrund des angestrebten Doppelhaushaltes noch in diesem Jahr, auch weiterhin sein wird. Schließlich ist ein Doppelhaushalt ist eine besondere Herausforderung, umfasst er doch zwei Jahre und ist bis Ende 2014, dem Kommunalwahljahr, gültig. Ein Schelm, der Böses dabei denkt!

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!